

# Beschlüsse Ordentliche Vollversammlung der BLZK

vom 24.11.2023

## Protest: „Es reicht, Herr Lauterbach!“

Antragsteller:  
Vorstand

### Wortlaut:

Die Delegierten der BLZK beauftragen den Vorstand mit der Organisation und Durchführung eines Informations- und Protesttages in München unter dem Motto „Es reicht, Herr Lauterbach“ gegen die aktuelle Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Wünschenswert wäre hierbei eine Zusammenarbeit mit anderen heilberuflichen Körperschaften und Verbänden.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

## Inhabergeführte, freiberufliche Praxisstrukturen stärken

Antragsteller:  
Vorstand

### Wortlaut:

Die inhabergeführten, freiberuflichen Praxisstrukturen können die Patientenbedürfnisse in bester Qualität abdecken. Diese Struktur hat Deutschland an die Weltspitze der Mundgesundheit geführt, gerade auch weil sie ihre Patienten und Patientinnen nicht nach Rendite selektieren kann und weil sie die Struktur ist, die sich auch den Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere des ländlichen Raumes, optimal anpasst. Diese Praxisstruktur gilt es, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zu stärken. Die Budgetierung ist mit sofortiger Wirkung zu beenden. Nur dann kann die Bevölkerung von einer modernen Zahnheilkunde vollumfänglich profitieren.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

## Europäischer Gesundheitsdatenraum

Antragsteller:  
Vorstand

### Wortlaut:

Die Vollversammlung fordert den EU-Gesetzgeber und die Bundesregierung auf, im Zuge des geplanten Europäischen Gesundheitsdatenraumes den hohen Schutz der Gesundheitsdaten zu gewährleisten, die ärztliche Schweigepflicht zu garantieren sowie den Kosten- und Verwaltungsaufwand für die Angehörigen der Heilberufe zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

## Kostenvoranschläge für privatzahnärztliche Leistungen

Antragsteller:  
Dr. Peter Klotz

ZBV:  
Oberbayern

### Wortlaut:

Die VV der BLZK möge beschließen:

Die VV der BLZK begrüßt es, dass die bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte ihren Patientinnen und Patienten privat-zahnärztliche Leistungen mit zeitgemäßen Kostenvoranschlägen, natürlich unter Beachtung der Vorgaben der GOZ, anbieten.

Abstimmungsergebnis:  
Bei drei Gegenstimmen und neun Enthaltungen angenommen

## GOZ-Punktwert endlich anpassen/ Honorierung zahnärztlicher Tätigkeit gestalten

Antragsteller:  
Vorstand

### Wortlaut:

Die Vollversammlung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer fordert den Verordnungsgeber mit allergrößtem Nachdruck dazu auf, den seit 35 Jahren unveränderten Punktwert sofort im erforderlichen Maß anzuheben und gleichzeitig eine Dynamisierung einzuführen.

Solange eine adäquate Punktwernerhöhung ausbleibt, rufen wir die Zahnärztinnen und Zahnärzte auf, die Honorierung zahnärztlicher Tätigkeiten im erforderlichen Maß primär mithilfe des § 2 zu vereinbaren oder gegebenenfalls bei analoger Berechnungsmöglichkeit mittels des § 6 zu gestalten.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

**Bürokratieabbau**

**Antragsteller:**  
Vorstand

**Wortlaut:**

Die Vollversammlung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer fordert den Gesetzgeber auf, die Vorschläge zum Bürokratieabbau von BZÄK, BLZK, KZBV und KVB aus den bekannten Papieren zum Bürokratieabbau zeitnah umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

**ZFA-Fachkräfte für die Praxen**

**Antragsteller:**  
Vorstand

**Wortlaut:**

Die Vollversammlung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer fordert die Bundesregierung sowie die Bayerische Staatsregierung dazu auf:

- infrastrukturelle Maßnahmen zu ergreifen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Attraktivität und Chancen einer Beschäftigung, entsprechend des Bedarfes von Angehörigen der Heilberufe und ihrer Mitarbeiter/-innen, fördern,
- durch eine Weiterentwicklung der Vergütungssysteme der zahnärztlichen Versorgung (BEMA und GOZ), um Personalkostensteigerungen durch die Krankenkassen bzw. Krankenversicherungen für ZFA perspektivisch über GKV und PKV zu refinanzieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

**Alternative zur ePA schaffen**

**Antragsteller:**  
Vorstand

**Wortlaut:**

Die Vollversammlung fordert als Alternative zur elektronischen Patientenakte (ePA) die individuelle Speicherung der Gesundheits- und Krankheitsdaten auf patienteneigenen Datenträgern.

**Begründung:**

Nur wenn die Daten alleine beim Patienten verbleiben, kann das Arzt-Patienten-Geheimnis gewahrt bleiben. Die eingegebenen Daten können von Patienten selbst überprüft werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei vier Enthaltungen angenommen

**Opt-in für die ePA**

**Antragsteller:**  
Vorstand

**Wortlaut:**

Die Vollversammlung fordert für die elektronische Patientenakte (ePA) statt des geplanten opt-out-Verfahrens ein opt-in-Verfahren. Nur mit einem opt-in-Verfahren wird der Patientensouveränität ausreichend Rechnung getragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

**Digitalisierung – ja, wenn sie nutzt!**

**Antragsteller:**  
Vorstand

**Wortlaut:**

Die Vollversammlung fordert den Gesetzgeber auf, die Digitalisierung im Gesundheitswesen so zu gestalten, dass Zahnärztinnen und Zahnärzten eine Arbeitsentlastung und Kostenersparnis und dadurch ein Mehrwert für die Patientenbehandlung und die Praxisorganisation entstehen.

**Begründung:**

Die gegenwärtige Digitalstrategie der Bundesregierung erfüllt die Erwartungen der Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht in Ansätzen! Die Bayerische Landes Zahnärztekammer ist davon überzeugt, dass die digitale Transformation nur gelingen kann, wenn die verfasste Zahnärzteschaft in Zukunft in alle Entscheidungsprozesse aktiv eingebunden ist. Mit der Ankündigung, die Gesellschaft für Telematik in eine Staatsagentur zu überführen, setzen die Verantwortlichen viel aufs Spiel.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen

**Entlastung des Vorstands für das Jahr 2022**

**Antragsteller:**  
Dr. Andreas Moser für den Finanzausschuss

**Wortlaut:**

Dem Vorstand wird die Entlastung für das Jahr 2022 erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der Betroffenen wird der Vorstand einstimmig entlastet.